



Diana Stöcker

CDU-Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Lörrach-Müllheim

Newsletter 09/23, 29. September 2023

Liebe Freundinnen und Freunde, sehr geehrte Damen und Herren,

vor zwei Jahren bin ich direkt in den Bundestag gewählt worden und darf seitdem den Wahlkreis Lörrach-Müllheim als Abgeordnete in Berlin vertreten. In vielen Bereichen ist es wichtig, dass ich bundespolitisch engagiert auf die besonderen Herausforderungen unserer Region fokussiere: Abwanderung von Fachkräften aus Medizin und Pflege in die Schweiz, medizinische Versorgung im ländlichen Raum, Höhenlandwirtschaft und Auswirkungen von EU-Recht auf den Weinbau sind nur einige Beispiele.

Eine besondere Situation ergibt sich auch durch unsere EU-Außengrenze zur Schweiz und die aktuell hohen Migrationszahlen. Meine wiederholten Nachfragen an die Bundesregierung haben die Erkenntnis gebracht, dass die Zahl der illegalen Einreisen über die Schweiz alleine innerhalb des ersten Halbjahrs 2023 um über 310 Prozent angestiegen ist. Die Nachfragen haben auch ergeben, dass Zurückweisungen der Bundespolizei auf Schweizer Hoheitsgebiet tatsächlich funktionieren können. Denn die Bundespolizei hat im Zeitraum von Januar bis Juni 2023 insgesamt 4.787 Personen an der deutsch-schweizerischen Landesgrenze zurückgewiesen, davon rund 4.200 auf dem Hoheitsgebiet der Schweiz. Dass fast 90 Prozent der Zurückweisungen bereits auf Schweizer Gebiet geschieht, belegt die Fähigkeiten und operativen Möglichkeiten der Bundespolizei in der Bekämpfung illegaler Migration.

Die Auswirkungen der illegalen Migration spitzen sich immer mehr zu, insbesondere in den Kommunen. Auch in meinem Wahlkreis erhalte ich Brandbriefe der Landrätinnen, Bürgermeisterinnen und Bürgermeister und werde in Gesprächen informiert, dass Ratlosigkeit herrscht, wie die täglich zuströmenden illegalen Migranten untergebracht werden sollen und die soziale Integration in die Gesellschaft funktionieren soll. In der Ampel-Regierung herrscht Konzeptlosigkeit, die Probleme werden bundespolitisch negiert. Dabei müsste man nur bei den Kommunalverantwortlichen der eigenen Parteien nachhören.

Deutschland und Europa befinden sich in einer der schwersten Migrationskrise seit Jahren: In den ersten acht Monaten dieses Jahres kamen über 200.000 Asylbewerber nach Deutschland, hinzu kommen über eine Million ukrainische Kriegsflüchtlinge, die vor dem russischen Angriffskrieg aus ihrem Land fliehen mussten.

Die Stimmung in Deutschland, die jahrelang Geflüchteten gegenüber überwiegend positiv eingestellt war, kippt ins Negative. Es droht eine zunehmende Polarisierung der Gesellschaft. Darüber mache ich mir ernsthaft Sorgen, denn viele Bürgerinnen und Bürger sind über die Lösungsfindung von den etablierten Parteien enttäuscht.

Wir haben als CDU/CSU-Fraktion dem Bundeskanzler ein Bündel konkreter Maßnahmen vorgeschlagen, um die illegale Migration zu begrenzen: So sollen Kontrollen an den Grenzen zu Polen oder Tschechien eingeführt, EU-Außengrenzen besser geschützt und Asylverfahren in sichere Drittstaaten ermöglicht werden. Pull-Faktoren, d.h. Anreize für Migration, wie etwa die im Vergleich mit anderen EU-Staaten hohen Sozialleistungen in Deutschland, müssen nach Ansicht der Union abgebaut werden. Beispielsweise sollen vorrangig Sachleistungen statt finanzieller Leistungen gewährt werden.

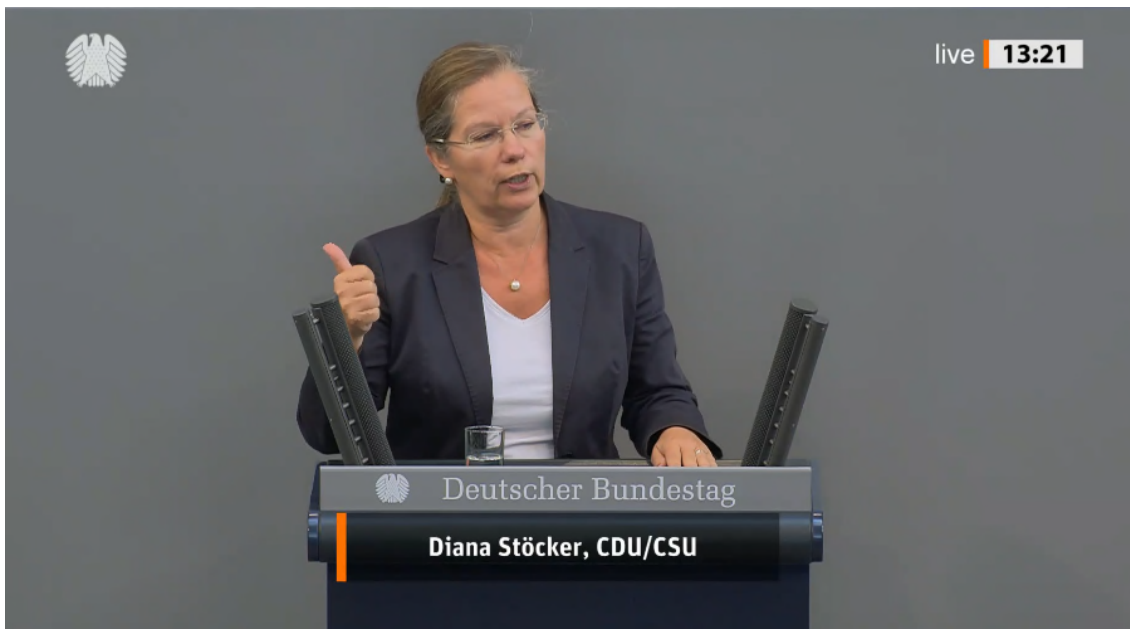
Wir alle spüren es: Es wird ein turbulenter, arbeitsreicher und schwieriger Herbst werden. Mit unserer professionellen Oppositionsarbeit - vielen konkreten Massnahmen - treiben wir die Regierung vor uns her. Steter Tropfen hüllt den Stein!

Wir sind als Union auch bereit, der Ampel-Regierung die Hand auszustrecken und haben eine Zusammenarbeit angeboten. Wir tun dies vor allem dann, wenn die Ampel offenbar nicht mehr in der Lage ist, die drängenden Probleme alleine zu lösen. Denn wir sehen uns als verantwortungsbewusste Opposition.

Ich werde mich weiterhin für eine konstruktive fachlich fundierte Oppositionsarbeit im Deutschen Bundestag einsetzen.

Ihre





Meine 18. Rede im Bundestag

Meine 18. Rede im Plenum des Deutschen Bundestages hielt ich zum „Krankenhaustransparenzgesetz“ der Ampelregierung und zum Antrag der CDU/CSU-Fraktion: „Mit Vorschaltgesetz kalte Strukturbereinigung der Krankenhäuser verhindern“.

Die wichtigsten Punkte:

Ich forderte Minister Lauterbach auf, endlich in der Realität anzukommen, was seine aktuelle Krankenhauspolitik anrichtet. Unserer Krankenhauskongress der CDU/CSU-Fraktion, wäre eine gute Gelegenheit gewesen!

- Finanzielle Reserven werden oder wurden bereits für die inflationsbedingten Betriebskostensteigerungen aufgezehrt.
- Kommunen wissen nicht, wie lange sie kommunal getragene Kliniken noch stützen können.
- Und dass, obwohl der Transformationsprozess der Krankenhausstrukturreform noch nicht einmal gestartet ist.

Bereits im ersten Halbjahr sind mehr als Krankenhausstandorte von Insolvenzverfahren betroffen, 5mal so viele wie 2021, insbesondere in Kleinstädten und in ländlichen Regionen.

Viele Krankenhäuser werden diese Reform nicht mehr erleben, obwohl wir sie auch zukünftig brauchen.

Anstatt sich um dieses dringende Problem zu kümmern, schafft der Minister mit dem Transparenz-Gesetz ein neues Bürokratiemonster für die Kliniken. Dabei ist diese Transparenzidee bereits umgesetzt: z.B. das Deutsche Krankenhausverzeichnis, bislang Bestandteil des offiziellen Internetangebots der Bundesregierung, bietet gute Transparenz zur Qualität der stationären Versorgung, anwendungsfreundlich aufbereitet.

Ich forderte den Minister auf, sich ehrlich zu machen:

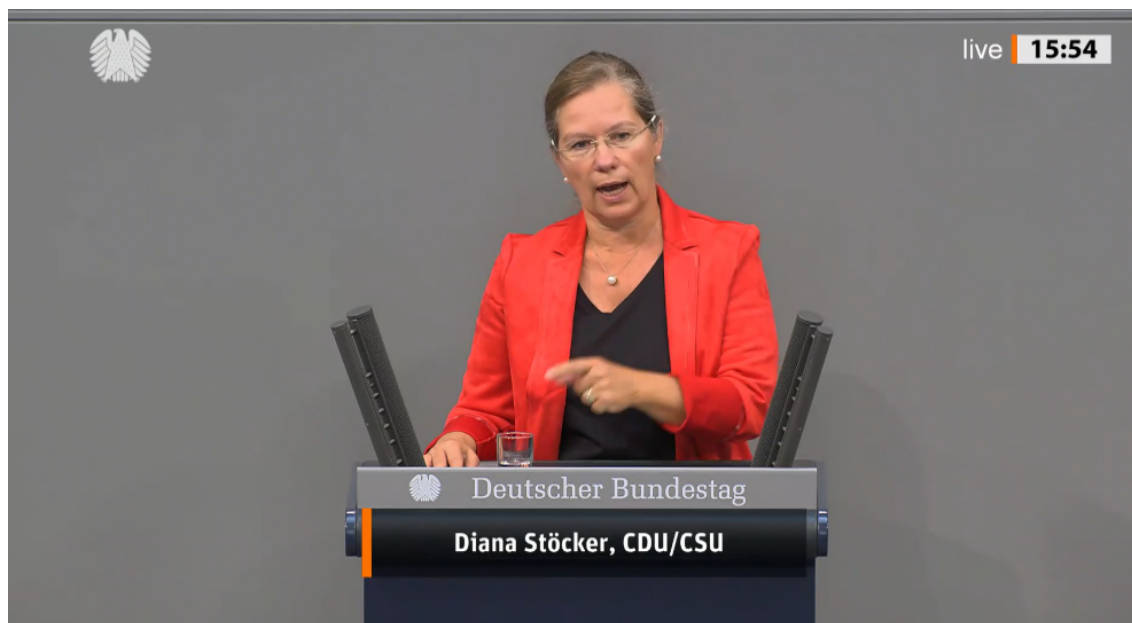
1. Er leiste keine Brückenfinanzierung bis die Strukturreform greift.
2. Der Transformationsprozess kostet viel Geld.

3. Mit dem Transparenzgesetz werden Tatsachen geschaffen, die eine Steuerung von Patientenströmen forcieren, lange vor einer von Bund und Ländern abgestimmten Krankenhausstrukturreform.

Gerade die Patientinnen und Patienten, aber auch die Mitarbeitenden aus Pflege und Medizin, werden jetzt zunehmend verunsichert.

Für alle Menschen ist Gesundheit das wichtigste Gut und ein Gefühl der mangelnden Versorgung elementar.

Hier können Sie das Video meiner Rede ansehen: <https://youtu.be/OpZtxJXUX3o>



Meine 19. Rede im Bundestag

Meine 19. Rede im Plenum des Deutschen Bundestages hielt ich über den Entwurf der Bundesregierung zum "Pflegestudiumstärkungsgesetz"

In dieser Rede wies ich drauf hin, dass die Pflege eine der größten gesellschaftlichen Herausforderungen ist. Das sei im Plenum schon oft festgestellt wurden. Passiert sei bisher wenig: Im Mai wurde das Pflegeunterstützungs- und Entlastungsgesetz beschlossen, das jedoch keine Reform war, sondern ein dürftiges auf Sicht fahren.

Nun also nach zwei Jahren Ampelarbeit ein weiteres Gesetz, das zwar richtige Ansätze enthält, aber erneut zu kurz greift. Denn es braucht ein ganzes Bündel an Maßnahmen, um dem akuten Handlungsbedarf in der Pflege gerecht zu werden.

Wenn die Ampel in dieser Geschwindigkeit weiterarbeitet, wird das nichts mit dem guten Vorsatz, schnell den Pflege-Notstand zu lösen. Ja, es ist gut, die Pflegestudierenden in dualer Ausbildung angemessen zu vergüten und die Praxisanleitung für die Praxiseinrichtung zu refinanzieren. Ja, es ist gut die Anerkennung von im Ausland erworbenen Fachqualifikationen zu beschleunigen und auf einer umfassenden

Gleichwertigkeitsprüfung zu verzichten zugunsten einer Kenntnisprüfung oder eines Anpassungslehrgangs.

Es ist jedoch nicht nachzuvollziehen, wenn ausländische Pflegefachkräfte viele Monate warten müssen, bevor sie eine Antwort bekommen, ob sie anerkannt sind und, wenn nein, Monate verstreichen, bis die fehlende Qualifikation erworben wurde und sie als Pflegekraft arbeiten können.

Während bei uns ein Antrag noch in der Anerkennungs pipeline der Behörde hängt, ist die Fachkraft in anderen Ländern schon am Arbeiten und wird „On the Job“ weiter qualifiziert.

Wir brauchen große Schritte auf dem Weg zu mehr Pflegefachkräften, wenn wir die Konsequenzen aus dem demographischen Wandel tatsächlich stoppen wollen:

- Es braucht ein sinnvolles Mit- und Nebeneinander von beruflich und hochschulisch qualifizierten Pflegefachpersonen, die zu einer Stärkung der Versorgungsqualität führen.
- Die Attraktivität des Pflegeberufs ist von größter Bedeutung. Pflegefachkräfte müssen ihre Kompetenzen ausüben dürfen, die sie in der Ausbildung erworben haben. Junge Menschen brauchen einen niederschweligen Zugang. Die Kürzung der Gelder für das Freiwillige Soziale Jahr ist dabei nicht förderlich.
- Wir brauchen weniger Bürokratie und mehr Vertrauen in die Arbeit der Fachkräfte.
- Wir brauchen attraktive Karrieremöglichkeiten in der Pflege.

Wir müssen die Pflege nicht nur von morgen sichern, sondern bereits von heute. Uns greift das Gesetz zu kurz. Es bedarf weitreichender Ergänzungen, bei denen wir gerne beratend zur Seite stehen.

Hier können Sie das Video meiner Rede ansehen: <https://youtu.be/VRlrqno0zO8>



Meine 20. Rede im Bundestag

In meiner 20. Rede forderte ich die Bundesregierung auf, die Krankheit Endometriose aus der Tabuzone zu holen und stärker ins Bewusstsein zu rücken. Die durch Endometriose

hervorgerufenen sehr schmerzhaften Entzündungsreaktionen führen zu Fruchtbarkeitsstörungen, Blasenproblemen oder sogar zu Darmverschlüssen. Es dauert meist Jahre bis zur Diagnose, im Durchschnitt sogar bis zu 10 Jahren, obwohl es eine der häufigsten Unterleibserkrankungen von Frauen ist.

Oft werden die Symptome nicht ernst genommen oder falsch behandelt. Menstruationsschmerzen werden nach wie vor tabuisiert und betroffene Frauen schildern ihre Hilflosigkeit angesichts der verbreiteten Unkenntnis über diese Krankheit. Denn die Krankheit ist chronisch und nicht heilbar und kann daher auch mit psychischen Folgeprobleme einher gehen.

In der Anhörung im Gesundheitsausschuss zu Endometriose machten Expertinnen und Experten deutlich, dass die Versorgung von Mädchen und Frauen mit Endometriose, aber auch Forschung und Aufklärung verbessert werden müssen. Es sei von rund 40.000 Neuerkrankungen pro Jahr und aktuell von zwei bis vier Millionen Betroffenen in Deutschland auszugehen.

Die Union begrüße daher, dass ab dem kommenden Jahr 5 Mio. Euro jährlich für die gezielte Erforschung von Endometriose bereitgestellt werden. Die Antworten auf unsere Kleine Anfrage haben hier anscheinend zum Erkenntnisgewinn der Ampelparteien beigetragen. Das reicht jedoch nicht aus! Es braucht - wie in unserem Antrag gefordert:

- eine Verbesserung der Versorgung und Behandlungsstrukturen
- Endometriose-Zentren in Deutschland müssen gestärkt werden
- Leistungen in den Endometriose-Fachberatungen an Kliniken, bei Gynäkologen oder Allgemeinmediziner*innen müssen auskömmlich vergütet und entsprechend abgerechnet werden können.

Es braucht insbesondere auch eine nationale Endometriose-Strategie mit konkreten Handlungsfeldern und Projekten, um die Krankheit in das gesellschaftliche Bewusstsein zu rücken, zu sensibilisieren und aufzuklären, auch in der medizinischen Ausbildung. Andere Länder haben die Krankheit Endometriose schon länger im Blick und haben sogar eigene nationale Strategien, darunter Frankreich und Australien.

Ich forderte die Ampel-Abgeordneten auf, unserem Antrag zuzustimmen und damit zu helfen Endometriose endlich zu verstehen, zu behandeln, erforschen, zu begleiten und damit wirksam zu bekämpfen.

Hier können Sie das Video meiner Rede ansehen: <https://youtu.be/A9cQx6OmjTg>



Plenarwoche vom 18. bis 22. September

Das waren Themen in dieser Sitzungswoche:

Unser Leitantrag: "Kinderzukunftsprogramm starten und mit zehn Maßnahmen zum Erfolg führen"

Der Rückgang der Schülerleistungen in Deutschland ist besorgniserregend: Etwa ein Viertel aller Viertklässler in Deutschland erreicht nicht den internationalen Mindeststandard beim Lesen. Der Anteil leistungsschwacher Schülerinnen und Schüler im Lesen, Schreiben, Rechnen erreicht fast wieder einen Niedrigwert wie beim großen „PISA-Schock“ im Jahr 2000. Das derzeitige Betreuungs- und Bildungssystem ist – auch aufgrund des akuten Fachkräftemangels – offenkundig nicht mit den Ressourcen ausgestattet, um diese Defizite zu beseitigen.

In Deutschland leben etwa 14,25 Millionen Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren. Rund 1,9 Millionen dieser jungen Menschen leben derzeit in Haushalten, die Sozialleistungen beziehen. In den vergangenen Jahren war es gelungen, diese Zahl zu senken. Doch die aktuellen Krisen mit den Auswirkungen auf die Anzahl an geflüchteten Familien und inflationsbedingten Preissteigerungen verschlechtern die Situation wieder. Die Bundesregierung hat auf diese Fragen bislang keine Antworten gefunden. Die im Koalitionsvertrag angekündigten Versprechen „Chancen für Kinder, starke Familien und beste Bildung“ wurden nicht eingelöst. Anstatt das Bildungssystem für die Kinder gezielt zu stärken, erfindet die Bundesregierung mit der so genannten „Kindergrundsicherung“ neue Transferleistungen für die Eltern.

Als Unionsfraktion wollen wir die bestmöglichen Zukunftschancen für alle Kinder in unserem Land. Sie sollen ihre Neigungen und Potenziale unabhängig vom Geldbeutel und Bildungshintergrund ihrer Eltern entfalten können. Die zentrale Voraussetzung hierfür ist ein flächendeckendes und gut funktionierendes Bildungs- und Betreuungssystem.

Die Unionsfraktion stellt der sogenannten "Kindergrundsicherung" ein Kinderzukunftsprogramm entgegen. Mit dem Zehn-Punkte-Programm setzt die Union insbesondere auf Bildungsinfrastruktur und nicht auf eine Ausweitung der Transferleistungen. Unter anderem fordern wir die Einführung einer verpflichtenden Vorschulförderung bei Förderbedarf, eine grundlegende Stärkung des deutschen Sprachvermögens und die Stärkung der „Frühen Hilfen“, damit Familien frühzeitig Zugang zum Hilfesystem und passgenaue Unterstützung lokaler Anbieter erhalten.

Unser Antrag "Künstliche Intelligenz als Schlüsseltechnologie für Deutschlands Zukunft stärken"

Künstliche Intelligenz (KI) ist eine Schlüsseltechnologie des 21. Jahrhunderts, die enorme Potenziale für Wirtschaft, Gesellschaft und Umwelt birgt. Deutschland hat sich zum Ziel gesetzt, ein weltweit führender Standort für KI zu werden und die Chancen von KI für Wohlstand und Lebensqualität zu nutzen. Um dieses Ziel zu erreichen, ist es jedoch notwendig, dass Deutschland zusammen mit Europa seine Souveränität im Bereich KI stärkt und seine Abhängigkeit von ausländischen Anbietern und Plattformen verringert. Die Unionsfraktion hat einen Antrag in den Bundestag eingebracht, in dem sie die Bundesregierung unter anderem dazu auffordert, die notwendigen Voraussetzungen für die Bereitstellung geeigneter Rechenkapazitäten für die Erstellung großer KI-Modelle zu schaffen. Darüber hinaus soll die Bundesregierung einen eigenen Zugang mit eigenen Ressourcen für Startups, KMU und Open Source Entwickler bereitstellen, sowie als strategischer Ankerkunde für deutsche KI-Startups auftreten und sichere KI-Lösungen für die Bundesverwaltung und Bildungseinrichtungen etablieren und bereitstellen. Das trägt langfristig zu Innovation in verschiedenen Bereichen wie Gesundheit, Mobilität, Energie, Produktion oder Bildung bei. KI kann auch helfen, globale Herausforderungen wie den Klimawandel oder die Pandemiebekämpfung zu meistern. Und hier sollte die Bundesrepublik Deutschland eine führende Rolle einnehmen.

Plenarwoche vom 25. bis 29. September

Das waren Themen in dieser Sitzungswoche:

Unser Antrag: "Null Toleranz bei Clankriminalität – Ankündigungen müssen unverzüglich Taten folgen"

Die Unionsfraktion hat in der letzten Septemberwoche einen Antrag in den Bundestag eingebracht, mit dem die Forderung nach einer "Null-Toleranz"-Politik bei Clankriminalität verbunden ist. Unser Rechtsstaat ist durch Clankriminalität in besonderem Maße herausgefordert: Vor allem in Großstädten haben sich die Aktivitäten krimineller Clans in

den letzten Jahren zu einem sichtbaren Phänomen allgemeiner und Organisierter Kriminalität entwickelt.

Als „Clans“ werden großfamiliäre Strukturen bezeichnet, bei denen ein erheblicher Teil von Familienmitgliedern in kriminelle Machenschaften verstrickt ist. Die Spannbreite reicht von Bagatelldelikten bis hin zu schweren Verbrechen wie Mord und Totschlag, Drogenhandel und gewaltsam ausgetragenen Konflikten verfeindeter Clanfamilien auf offener Straße. Hinzu kommt die generelle Missachtung elementarer Prinzipien unseres Rechtsstaats und eine grundsätzliche Ablehnung unserer Rechts- und Werteordnung. Viele Mitglieder von Clanfamilien sind Deutsche, ein erheblicher Anteil verfügt jedoch über eine ausländische oder eine doppelte Staatsangehörigkeit.

Als Unionsfraktion wollen wir der Clankriminalität mit einer Null-Toleranz-Strategie entgegentreten. Wesentlicher Teil der Strategie ist ein maximaler Kontroll- und Verfolgungsdruck gegenüber den Clanfamilien. Das erfordert auf allen Ebenen konsequente Reaktionen und Maßnahmen des Rechtsstaats. Zur Bekämpfung der Clankriminalität wollen wir die Sicherheits- und Strafverfolgungsbehörden stärken und ihnen die erforderlichen Instrumente für effektive Ermittlungen an die Hand geben, z.B. mit Hilfe von Recherche- und Analyseplattformen die bereits bei der Polizei vorhandenen Daten schneller analysieren und verknüpfen. Darüber hinaus wollen wir auch alle erforderlichen ausländerrechtlichen Maßnahmen nutzen, um den Druck auf die Clans zu erhöhen. Bei Clanangehörigen mit ausländischer Staatsangehörigkeit, die nachweislich in kriminelle Machenschaften verstrickt sind, wollen wir sämtliche möglichen aufenthaltsrechtlichen Maßnahmen mit dem Ziel der Ausweisung und Abschiebung anwenden. Bei Doppelstaatlern stellt sich die Frage nach der – ggf. zu schaffenden – Möglichkeit des Entzugs der deutschen Staatsangehörigkeit. Der Abschottung in kriminelle Parallelstrukturen muss der Rechtsstaat konsequent entgegentreten. Um kriminelle Clan-Strukturen mittel- und langfristig zu schwächen, wollen wir insbesondere auch die Frauen, Kinder und Jugendlichen in den Blick nehmen. Frauen werden in den patriarchalischen Clan-Strukturen oft unterdrückt, Kinder und Jugendliche sind in kriminellen Großfamilien oftmals durch Abschottung und negative Vorbilder an einer freien Entfaltung und normalen Entwicklung gehindert.

Unser Antrag: Deutschland aus der Baukrise führen – Jetzt wirksame Maßnahmen für bezahlbares Bauen und Wohnen ergreifen

Mit der Initiative "Deutschland aus der Baukrise führen - jetzt wirksame Maßnahmen für bezahlbares Bauen und Wohnen ergreifen" wollen wir als Unionsfraktion der Bauwirtschaft und den vielen hunderttausend Menschen, die auf der Suche nach einer bezahlbaren Wohnung sind, im Bundestag eine starke Stimme geben.

Deutschland ist in einer echten Wohnungsbaukrise. Die Lage ist dramatisch: Die Baugenehmigungszahlen brechen flächendeckend ein, die Auftragsbücher der Unternehmen laufen leer und Projekte werden reihenweise storniert. Einige Unternehmen mussten bereits Insolvenz anmelden, viele andere sind in eine bedenkliche finanzielle Schieflage geraten. Es gibt bereits Kurzarbeit und erste Entlassungen.

Die Baugenehmigungen im Neubau befinden sich im freien Fall: Von Januar bis Juli 2023 gingen diese um mehr als ein Drittel bei Einfamilienhäusern, um über 50 Prozent bei Zweifamilienhäusern und um ein gutes Viertel Prozent bei Mehrfamilienhäusern im Vergleich zum 1. Halbjahr 2022 zurück. Das von der Ampel in ihrem Koalitionsvertrag angekündigte Ziel, pro Jahr 400.000 neue Wohnungen zu bauen, wird krachend verfehlt. Im Jahr 2023 werden nach Hochrechnungen nur noch 223.000 und im Jahr 2024 sogar im schlimmsten Fall nur noch 177.000 neue Wohneinheiten fertiggestellt – das wäre der tiefste Stand seit 2009. Gleichzeitig wächst der Bedarf in Deutschland nach Wohnungen; laut einer aktuellen Studie fehlen aktuell bereits 700.000 Wohnungen.

Wir brauchen jetzt einen Impuls für mehr und bezahlbaren Wohnungsbau. Die Ampel-Regierung hatte bis zum Baugipfel am vergangenen Montag beim Bundeskanzler alle Hilferufe aus der Bauwirtschaft ungehört verhallen lassen. Die auf dem Gipfel angekündigten Maßnahmen greifen auch manche unserer Forderungen auf. Sie reichen aber längst nicht aus. Wir fordern einen Dreiklang aus Kostensenkungen, steuerlichen Maßnahmen und gezielter Förderung. Es braucht eine neue Sonderabschreibung für den sozialen Wohnungsbau. Den Ländern muss rechtssicher die Möglichkeit eröffnet werden, bei der Grunderwerbssteuer einen Freibetrag von 250.000 Euro pro Erwachsenen und 150.000 Euro pro Kind für den Ersterwerb von selbst genutztem Wohneigentum einzuführen. Das bestehende KfW-Kreditprogramm muss aufgestockt werden, es dürfen bis 2027 keine neuen baurechtliche Vorschriften erlassen werden. Schließlich sollte die Bundesregierung ökonomisch und ökologisch sinnvolle energetische Standards setzen und einen Sanierungszwang durch EU-Gesetze ausschließen.



Runder Tisch der Apothekerinnen und Apotheker im Landkreis Lörroach

Gemeinsam mit Apothekerinnen und Apotheker aus dem Landkreis Lörroach habe ich über die weiter sinkende Zahl der Apotheken in Deutschland gesprochen. Es gibt aktuell noch 17.800 Apotheken. Zusammen benannten wir die Hauptgründe für diese Misere:

- Fachkräftemangel (Inhaber-Nachfolge und Mitarbeitende)
- Liefer- und Versorgungsengpässe von Medikamenten sind nur schwer zu managen
- Hoher Kostendruck (durch gestiegene Sach-, Betriebs- und Personalkosten, Abschläge und Retaxierung)
- Bürokratie

Wir waren uns einig, dass Apotheken Wertschätzung, Akzeptanz und stabilisierende Perspektive brauchen. Denn Apotheken sind eine wichtige Säule im Gesundheitssystem. Während der Pandemie arbeiteten die Apotheken unter Hochdruck (Impf- und Test-Kampagnen), um die Versorgung der Bevölkerung zu gewährleisten.

Fazit des Gesprächs am runden Tisch lautete: Wir brauchen die richtigen Strategien, damit der Apothekerberuf für junge Menschen attraktiv bleibt, und müssen die Apotheke vor Ort, vor allem im ländlichen Raum, stärken, anstatt neue Doppelstrukturen aufzubauen, wie z.B. Gesundheitskioske. Wir müssen wieder robuste Lieferketten herstellen und brauchen

verbindliche Meldepflichten bei drohenden oder bestehenden Lieferengpässen versorgungsrelevanter Arzneimittel.

Neues aus dem Wahlkreis



Gaël de Maisonneuve, französischer Generalkonsul und Leiter des l'Institut Français in Stuttgart - Informationstreffen zur Zusammenarbeit im Dreiländereck

Ein besonderer Besuch in meinem Wahlkreis: Gaël de MAISONNEUVE, französischer Generalkonsul und Leiter des l'Institut Français in Stuttgart informierte sich auf meine Einladung hin über die Zusammenarbeit in unserem Dreiländereck.

Gestartet bin ich im Dreiländermuseum, in dem der neue Leiter Jan Merk mit mir die Geschichte und das Zusammenleben der drei Nationen in unserer Grenzregion erläuterte. Die neue Sonderausstellung „Der Ruf nach Freiheit – Revolution 1848/49 und heute“, die gerade im Aufbau ist und am 20.9. eröffnet wird, verspricht spannend zu werden.

Auf dem Tüllinger konnten wir dann einen Blick von oben aufs Dreiland werfen. Auf der Dreiländerbrücke in Weil am Rhein trafen wir Oberbürgermeister Wolfgang Dietz und Jean Marie Deichtmann, Bürgermeister der gegenüber liegenden Partnerstadt Huningue, die anschaulich über ihre gemeinsamen Projekte und Freundschaft sprachen.

Abschließender Programmpunkt war der Besuch der Dualen Hochschule Baden-Württemberg (DHBW) in Lörrach, wo Prof. Dr. Schmid-Grotjohann und Veronique Caron

den trinationalen Studiengang International Business Management vorstellten. Einen Studiengang, den ich seit 2000 die ersten 16 Jahre als Mitglied der Prüfungskommission begleiten durfte. 30 Studierende aus Frankreich, Deutschland und der Schweiz studieren 3,5 Jahre an drei Universitäten an drei Standorten in Lörrach (DHBW), Colmar (Universität Mulhouse) und Basel (Fachhochschule Nordwestschweiz).



Meine Unterstützung für die Petition: Dauerhaft 7 Prozent Mehrwertsteuer für Restaurations- und Verpflegungsdienstleistungen

Ich unterstütze die Petition für dauerhafte Senkung des Umsatzsteuersatzes für Restaurations- und Verpflegungsdienstleistungen auf sieben Prozent. Allein in Lörrach und Waldshut sind die Existenzen von etwa 100 Betrieben gefährdet.

Nach den Plänen der Ampelkoalition soll der bislang befristete ermäßigte Mehrwertsteuersatz für die Gastronomie zum Jahresende auslaufen. Die Gastronomie müsste dann ab 2024 wieder 19 Prozent Mehrwertsteuer bezahlen. Dies würde de facto eine Steuererhöhung um 12 Prozent bedeuten. Eine solche Steuererhöhung würde die wirtschaftliche Erholung der Branche ausbremsen. Zudem ist von der geplanten Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes auch das gastronomische Angebot der Kindertagesstätten,

Schulkantinen und Schulmensen betroffen.

Die Petition kann bis zum 10. Oktober 2023 unterzeichnet werden. Eine wichtige Zielmarke ist das Quorum von 50.000 Unterzeichnerinnen und Unterzeichnern. Wird diese Zielmarke erreicht, dann muss der Deutsche Bundestag die Petition öffentlich beraten.

Wenn auch Sie die Petition unterzeichnen wollen, dann finden Sie dazu einen Link hier:

https://epetitionen.bundestag.de/petitionen/2023/08/30/Petition_156895.nc.html



Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut, Ministerin für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus in Baden-Württemberg bei der Roche AG in Grenzach-Wyhlen

Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut, Ministerin für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus Baden-Württemberg, hat die ROCHE AG am Standort Grenzach-Wyhlen besucht und gemeinsam mit Bürgermeister Tobias Benz, Thomas Conrady (Präsident der IHK Hochrhein-Bodensee), Prof. Dr. Andreas Bechthold (Lehrstuhl für Pharmazeutische Biologie und Biotechnologie an der Universität Freiburg), Sabine Hartmann-Müller MdL, Manuel Hailfinger MdL und mir über Vernetzung von Wirtschaft, Politik und Hochschulen in unserer südbadischen Region im Dreiländereck gesprochen.

Roche-Chef Prof. Dr. Hagen Pfundner war aus Berlin digital zugeschaltet und machte deutlich wie die industrielle Gesundheitswirtschaft zu den wichtigsten Motoren für Wachstum, Innovation und Beschäftigung in Baden-Württemberg zählt. 'Made in Germany' Produkte und Hightech-Lösungen sind weltweit gefragt und tragen zum deutschen Exportüberschuss bei!

Wichtig sind jedoch gesetzliche Rahmenbedingungen in Deutschland, die Innovation und Forschung fördern, anstelle sie zu behindern. Auch schränken zahlreiche regulatorische Vorgaben durch die EU. Zurecht kritisierte die Ministerin die Umsetzung der Europäischen Medizinprodukteverordnung.

Einig waren wir uns, dass es mehr politischen Mut braucht, um die Bürokratie auf den Prüfstand zu stellen: Überbordende Dokumentations-, Melde- und Aufbewahrungspflichten, lange Verfahrensdauern sowie Vollzugs- und Umsetzungsprobleme in Behörden belasten unsere Wirtschaft - sowohl große Betriebe wie auch die kleinen und mittelständischen Unternehmen. Jedes Gesetz in den letzten zwei Jahren hat noch mehr Bürokratie nach sich gezogen als abgebaut.



Im Amtsgericht Lörrach

Im Gespräch mit dem Amtsgericht Lörrach: Direktor Frank Müller, stellvertretende Direktorin Birgitta Stückrath und Verwaltungsleiter Karim Chermiti. Neben einer Führung durch das Gerichtsgebäude haben wir intensiv über justizpolitische und justiznahe Fragen aus dem Amtsgerichtsbezirk diskutiert.

Insbesondere wurden die fehlenden geschlossenen intensivpädagogischen Angebote für auffällige Kinder und Jugendliche („Systemsprenger“), ferner die Besonderheiten der Grenznähe zu Frankreich und der Schweiz für den gerichtlichen Alltag sowie die Auswirkungen der Reform des Betreuungsrechts für die Praxis erörtert. Mit dabei zum

Augenblicke



... meine Unterstützung für die Homburgsiedlung in Lörrach gegen die hohe Lärmbelastung durch die A 98 ... faszinierende Einblicke in die Möglichkeiten der Holomedizin vom Prof. Dr. Weyhe und seinem Team der Universität Oldenburg ...



... Abschied von Paul Seger, Schweizer Botschafter in Berlin, bei der traditionellen Soirée Suisse der Schweizer Botschaft im Berliner Technikmuseum ... Klausurtagung der AG Gesundheit der CDU/CSU-Bundestagfraktion zu den Themen "Krankenhausstrukturreform" und "Arzneimittel-Versorgung" der CDU/CSU-Bundestagfraktion in München mit Staatsminister Klaus Holetschek MdL ...

Wenn Sie mehr zu meinen Terminen wissen wollen,
dann folgen Sie mir gerne auf Social Media!
Selbstverständlich dürfen Sie diesen Newsletter auch gerne an interessierte
Personen weiterleiten.

Meine nächsten Termine (Auswahl)

Dienstag, 03. Oktober: Tag der Deutschen Einheit: Zum offiziellen Festakt der Bundesrepublik Deutschland in Hamburg

Donnerstag, 04. Oktober: Auf dem Podium der Baden-Württembergischen Krankenhausgesellschaft zum Thema „Krankenhausstrukturreform: Reha – Teil der Lösung!“

Freitag, 06. Oktober: Projekt-Start „Nur Mut 2.0“ zur Berufsorientierung mit „Theater Tempus fugit“ am Albert-Schweitzer-Gymnasium Lörrach.

Samstag, 07. Oktober, 11:30 - 13:30 Uhr: Veranstaltung „Zukunft Mittelstand: Welche wirtschaftspolitischen Weichen müssen gestellt werden?“ Impulsvortrag und Diskussion mit Gitta Connemann MdB, Bundesvorsitzende der Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT).

09. Oktober bis 13. Oktober: Plenarwoche Bundestag Berlin

Mittwoch, 11. Oktober, 18:30 – 20:00 Uhr: DialogWERKSTATT – "Vorsorge und Vererben: Wie man finanziell für die Zukunft plant?"

16. bis 20. Oktober: Plenarwoche Bundestag Berlin

Montag, 16. Oktober: Gesprächspartnerin beim Jugenddialog des Deutschen Kinderhilfswerks zum Thema „Kinder- und Jugendgesundheit“. Diskussion mit Schülerinnen und Schülern aus dem Jugendbeirat der Initiative „Starke Kinder- und Jugendparlamente“.

Mittwoch, 18. Oktober: Schirmherrschaft für parlamentarischen Abend zum Weltmenopausentag: „Oh Meno - Frauen mittendrin: Warum wir über die Wechseljahre sprechen müssen“.

Donnerstag, 19. Oktober: Schirmherrschaft für parlamentarisches Frühstück zum Thema „Suizidprävention für Kinder und Jugendliche“

Freitag, 20. Oktober: 60 Jahre Regio Basiliensis: Impulsreferat „Perspektiven, Ansätze und Voraussetzungen für eine erfolgreiche grenzüberschreitende Zusammenarbeit“

Samstag, 21. Oktober, 10 Uhr: Veranstaltung „Runder Tisch Palliativmedizin: 5 Jahre Charta“. Mein Vortrag: „Palliativmedizin: Stellenwert und Zukunftschance aus bundespolitischer Perspektive“.

Donnerstag, 26. Oktober: Besuch des Malteser Kinderhospiz in Steinen

Samstag, 28. Oktober: Gespräch mit Selbsthilfegruppe „Lipödem“ Kreis Lörrach

Montag, 30. Oktober: Besichtigung der Baustelle des Neuen Zentralklinikums Lörrach



Impressum

Diana Stöcker MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin

diana.stoecker@bundestag.de